

Fischen im Chlorbad

Über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA herrscht große Ungewissheit - Heute Hearing im Parlament



Fotos: Shutterstock, EU

LUXEMBURG

CHRISTIAN BLOCK & MARCO MENG

Die jüngste Studie des „Corporate Europe Observatory“ (CEO) hat die Befürchtungen und Kritikpunkte vieler TTIP-Gegner noch einmal befeuert. Der Organisation zufolge war die Wirtschaftslobby in den Vorbereitungen zu den Verhandlungen über Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA mit 93 Prozent überrepräsentiert: Ein Beweis dafür, dass die Handelsabteilung der EU-Kommission vor allem mit Vertretern der Privatwirtschaft verkehren soll - und die Interessen aller anderen außen vor bleiben.

Bereits 2011 haben die Vorbereitungen begonnen

Die Idee eines solchen Abkommens zwischen der EU und den USA ist nicht neu und steht schon seit Jahren im Raum. 2011 wurden auf beiden Seiten erste Arbeitsgruppen im Vorfeld der TTIP-Verhandlungen eingesetzt. Die erste Verhandlungsrunde von bisher fünf fand vor mehr oder weniger einem Jahr statt. Am kommenden Mittwoch steht in Brüssel die sechste Verhandlungsrunde an. Die anhaltende wirtschaftliche Krise sowie die stagnierenden multilateralen Verhandlungen im Rahmen der Doha-Entwicklungsagenda haben wesentlich zur Aufnahme der Verhandlungen beigetragen. So könnte die Wirtschaft in der Europäischen Union um bis zu 119 Milliarden Euro wachsen. Kritiker bezweifeln diese Wachstumszahlen stark, befürchten hingegen vor allem eine Verschlechterung von europäischen Standards. Um diese Frage wird es zweifelsohne auch heute bei einem großen Hearing im Parlament gehen. ABBL, „Action Solidarité Tiers Monde“, Aleba, Bio-Lëtzebuerg, Caritas, Handelskammer, Fedil, Greenpeace sind neben den Gewerkschaften nur einige der morgen vertretenen Organisationen und Verbände. Auch die luxemburgischen Europa-Abgeordneten sowie Vertreter des Außenministeriums werden am Hearing teilnehmen. Die EU-Kommission wird vertreten sein durch den Kabinettschef von EU-Handelskommissar Karel De Gucht, Marc Vanheukelen sowie Georges Bingen, der die EU-Kommission in Luxemburg repräsentiert. Die insgesamt sechsstündige Anhörung wird von Chamber-TV live übertragen.

Viele Befürchtungen

Wenn es um das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA geht, stehen sich EU-Kommission und Verbraucher- und Umweltschützer sowie Gewerkschaften diametral gegenüber. Einer der größten Kritikpunkte ist die

Verhandlungsführung hinter verschlossenen Türen, die die Diskussion erschwert.

Trotz Bemühungen der Kommission für mehr Transparenz durch die Offenlegung von Handlungspositionen, öffentlichen Konsultationen und Veranstaltungen nach jeder Verhandlungsrunde kommt sie gegen die Ängste vieler Bürger, die wohl am besten durch das Chlorhühnchen versinnbildlicht werden, kaum an. Während es für die EU-Kommission eher darum geht, Handelshemmnisse abzuschießen - Abbau von Zöllen und Beschränkungen für Dienstleistungen oder den Abbau unnötiger regulatorischer Barrieren wie bürokratische Doppelanforderungen - befürchten viele, dass hohe europäische Standards im Zuge der Verhandlungen hinter verschlossenen Türen abgebaut werden - obwohl die EU-Kommission bei jeder Gelegenheit unterstreicht, „dass unsere hohen Standards in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Sicherheit, Schutz der Privatsphäre sowie Recht der Arbeitnehmer und Verbraucher gewahrt bleiben. Unsere hohen Schutzniveaus sind deshalb nicht verhandelbar“.

Dass auch die Amerikaner hohe Standards haben, lässt dann immer noch die grundsätzliche Frage nach der unterschiedlichen Handhabung von potenziellen Gesundheitsrisiken zu: Ob proaktiv oder reaktiv.

Umstrittene Schiedsgerichte

Befürchtet wird vor allem, dass durch den Investorenschutz US-Firmen gegen Staaten klagen könnten, wenn die Firmen durch bestimmte Gesetze keinen Marktzutritt erreichen und damit einen potenziell verlorenen Gewinn einklagen könnten. Eine ähnliche Frage stellt sich bei anderen Themen wie Fracking. Knackpunkt sind vor allem die Schiedsgerichte, die es ermöglichen sollen, dass Konzerne in Partnerschäftsländern nicht vor Gerichten den im Abkommen vereinbarten Investitionsschutz einfordern, sondern vor unabhängigen Schiedsstellen. Allerdings sind diese „Investor-to-State Dispute Settlements“, also Schiedsgerichtsklauseln, nichts wirklich Neues; nach Angaben der EU-Kommission soll es in Europa rund 1.400 solcher multilateraler Investitionsabkommen geben.

Zustimmung des EU-Parlaments erforderlich

Laut dem Stand der Verhandlungen vom 19. März dieses Jahr soll der von der EU-Kommission ausgehandelte Text am Ende zumindest vom Europäischen Parlament ratifiziert werden. „Ob die 28 nationalen Parlamente auch zustimmen müssen, entscheidet sich nach einer Analyse des Abkommens, so wie es zum Zeitpunkt der Unterzeichnung vorliegen wird“.

www.tinyurl.com/ec-ttip



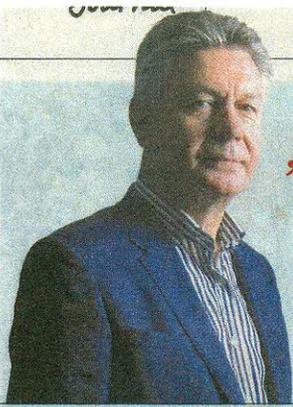
FREIHANDELSABKOMMEN

Nicht die einzige Verhandlung

Neben dem Freihandelsabkommen TTIP sind aktuell noch zwei weitere vergleichbare Abkommen bei der EU im Gespräch. Unter dem Namen „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ (CETA) sind die Verhandlungen mit Kanada bereits relativ weit fortgeschritten. Während über die Inhalte nur sehr wenig bekannt ist, soll die Ratifizierung noch bis Ende 2015 erfolgen. In der Kritik stehen ACTA-ähnliche Copyright Vereinbarungen sowie die Tatsache, dass auch hier die Verhandlungen unter größter Geheimhaltung laufen. Bisher wurde eine Grundsatzvereinbarung getroffen.

Weitaus weniger konkret sieht es da mit einem möglichen Freihandelsabkommen mit Japan aus: Zwar setzt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel laut „Der Spiegel“ auf eine Unterzeichnung im Jahr 2015, doch die Verhandlungen laufen laut verschiedener Berichte nur schleppend. Sie laufen bereits seit April 2013.

Derzeit bestehen Freihandelsabkommen unter anderem mit: Chile, Mexiko, der Schweiz und CARIFORUM, einem Zusammenschluss von 15 verschiedenen karibischen Staaten, darunter die Dominikanische Republik. Erwähnenswert sind auch die laufenden Verhandlungen mit der Ukraine, wo bis Ende des Jahres eine Unterschrift stehen soll.



„Unsere hohen Schutzniveaus sind deshalb nicht verhandelbar“

KAREL DE GUCHT | EU-Handelskommissar

„Die Harmonisierung der Standards wäre ein sehr einfaches Mittel, die Wirtschaft anzukurbeln“

CARLO THELEN | „Chambre de Commerce“



„TTIP ist ein demokratiegefährdendes, klimaschädliches und wirtschaftlich unnötiges Abkommen“

DEI LÉNK



ZWEI WIRTSCHAFTSGIGANTEN IM VERGLEICH

	USA	EU
BEVÖLKERUNG IN MILLIONEN	318,8 MIO.	505,73 MIO.
FLÄCHE IN MILLIONEN QUADRATKILOMETERN	9.826.675 KM ²	4.381.324 KM ²
BIP IN BILLIONEN EURO	12,33	13,07
BIP PRO KOPF IN EURO	38.988	27.010
WIRTSCHAFTSWACHSTUM (GEGENÜBER VORJAHR)	1,88%	0,1%
ARBEITSLOSENQUOTE AKTUELL (MAI 2014)	6,3%	10,30%

MICHAEL SCHONENBERG | AMERICAN CHAMBER OF COMMERCE IN LUXEMBURG

„Der größte Investor in den USA sind europäische Unternehmen, wie auch umgekehrt der größte Investor in Europa US-Firmen sind. Wir beide glauben an Rechtsstaatlichkeit, an geistiges Eigentum, Schutz von Arbeitsrechten und Demokratie. Viele Gründe also, Alliierte und Freunden zu sein. Lasst uns aus den beiden Märkten, die ineffizient miteinander in Wettbewerb stehen, einen machen. Heute stehen wir beide gegenseitig im Wettbewerb, wenn es zum Beispiel um den Kauf von Rohstoffen geht; gemeinsam würde es unsere Position stärken.“

DEI LÉNK | PIRATEPARTEI

Für déi Lénk ist das „TTIP“ ein „demokratiegefährdendes, klimaschädliches und wirtschaftlich unnötiges Abkommen“, teilte sie vor kurzem mit. Sie fordern einen sofortigen Verhandlungsstopp und die Veröffentlichung sämtlicher Verhandlungsdokumente. Klar sei, dass es nicht im Interesse US-amerikanischer Unternehmen sei, strengere europäische Standards in den USA umgesetzt zu sehen. Dass es „notgedrungen zu einer Aufweichung unserer geltenden Normen kommen muss, dürfte mit Ausnahme der Regierung eigentlich jedem klar sein“. Die Piraten schließen sich dem geforderten Verhandlungsstopp an. Internationale Verhandlungen dürften nur mit einem offenen Mandat geführt werden.

PLATTFORM GEGEN TTIP

Das noch nicht allzu lange bestehende Bündnis von Umwelt- und Verbraucherschützern sowie Gewerkschaften in Luxemburg fordert nach wie vor den Verhandlungsstopp – die Regierung ist in diesem Punkt anderer Meinung. Die Plattform kritisierte Anfang Juli das in ihren Augen viel zu große Verhandlungsmandat, in dem lediglich die Bereiche für Kultur und Audiovisuelles ausgeschlossen seien. Das Bündnis zeigt sich über viele Verhandlungspunkte besorgt, zum Beispiel über die von der Europäischen Union geforderte Öffnung der „marché publics“ sowie die Handhabung von öffentlichen Dienstleistungen. Bedenken hat die Plattform auch bezüglich verschiedener Standards und wirft die Frage auf, ob die USA die europäische Umwelt- und Klimapolitik anwenden werden. Zur Plattform gehören „Action Solidarité Tiers Monde“, Aleba, Bio-Lëtzebuerg, Caritas, „Cercle de coopération des ONG de développement, FNCTFFEL, Greenpeace Luxemburg, LCGB, „Lëtzebuurger Jongbaueren a Jongwënzer ASBL“, Mouvement écologique, OGBL, Syprolux und die „Union luxembourgeoise des consommateurs“

CARLO THELEN | „CHAMBRE DE COMMERCE“

„Luxemburg ist international ausgerichtet: Wenn es Europa gut geht, dann geht es auch Luxemburg gut. Die Harmonisierung der Standards durch TTIP wäre ein sehr einfaches Mittel, die Wirtschaft anzukurbeln, und noch dazu eines, das nichts kostet und sowohl Verbrauchern wie auch Herstellern zugute käme. Insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen, denen der Eintritt auf den US-Markt erleichtert würde, muss der Fokus gelegt werden. Eine gerechte TTIP-Vereinbarung jedenfalls bringt dem Verbraucher eine größere Auswahl, bessere Qualität und günstigere Preise und den Unternehmen einen größeren Markt und mehr Kunden. Natürlich bestehen auch Ängste, darum muss das ganze transparent und gerecht sein, denn zurzeit sind viele vor allem deswegen dagegen, weil man nicht genau weiß, was geschieht“.

ROMAIN SCHMIT | FDA

„Wir als Handwerk haben keine feste Position pro oder contra TTIP, und wie ich feststelle, tut sich auch das Patronat schwer mit einem klaren ‚Ja‘ oder ‚Nein‘. Wir sind vorsichtig positiv eingestellt, möchte ich es sagen, denn letztlich kommt es darauf an, was aus den Verhandlungen herauskommt. Als standortgebundenes Handwerk sind wir von TTIP nicht direkt betroffen, aber wie ich es sehe, muss noch vieles geklärt werden, zum Beispiel die Sache mit den Schiedsgerichten. Käme das so, würde uns das nicht gefallen. Auch wenn man sich dann an Ausschreibungen in Amerika beteiligen kann, macht das für das mittelständige Handwerk ohnehin keinen Sinn, denn wir bekommen unsere Aufträge aus der Region.“

HENRI WAGENER | FEDI

„Die Vorteile, die ein solches Abkommen für beide Seiten des Atlantiks mit sich bringt, sind von großer Bedeutung für unsere Unternehmen. Wir sehen keine Gefahr, dass die Umwelt- und Sozialstandards in Europa herabgesetzt werden: Das EU-Recht sowie die Gesetzgebungen der Mitgliedsstaaten müssen weiterhin eingehalten werden. Ein Bereich, in der die EU viel zu gewinnen hat, ist die Energie. Die Energiewende hat dazu geführt, dass Strom- und Gaspreise in den USA im Vergleich der EU stark gesunken sind. Dies verschafft der Industrie in den Vereinigten Staaten einen erheblichen Wettbewerbsvorteil. Ein umfangreiches Abkommen würde der EU Zugang zu Gas und Rohöl aus den USA verschaffen, und somit ein Stückweit unsere Abhängigkeit zu Russland und den Golfstaaten reduzieren. Außerdem haben dann EU-Firmen aus dem Bereich erneuerbare Energietechnologien zusätzliche Exportmöglichkeiten. In Sachen Investorenschutz setzen wir uns für eine sachliche Diskussion ein. Wenn wir als EU mehr Investorenschutz für unsere Firmen im Ausland fordern, können wir uns nicht solchen Schutzmechanismen auf unseren Märkten in den Weg stellen.“